

## **Rede Ministerpräsident Stephan Weil**

Seit 25 Jahren bin ich jetzt auf Städteversammlungen des Niedersächsischen Städtetages. Heute findet die Städteversammlung in einem ungewohnten Rahmen statt und zwar in zweierlei Hinsicht. Das eine ist die hybride Veranstaltungsform, mit vielen hundert Leuten hätte es doch in Präsenz noch mehr Spaß gemacht. Außerdem ist das heute die letzte Städteversammlung mit Uli Mädge. Ich kann mir noch nicht recht vorstellen, wie es zukünftig ohne ihn sein wird. Das ist für mich eine sehr grundlegende Veränderung. Zugleich freue ich mich sehr auf die Zusammenarbeit auch mit Jürgen Krogmann. Und als Ausdruck der Kontinuität bleibt Frank Klingebiel ja an der Spitze des Verbandes. Herzlichen Glückwunsch allen beiden!

Meine Damen und Herren,

wir leben aktuell in einer sehr besonderen Zeit, das spüren wir alle. Wir erleben aktuell Herausforderungen, die uns tatsächlich Tag für Tag in Atem halten, und wir erleben gleichzeitig strukturelle Herausforderungen, die die Lebensbedingungen für die Menschen, nicht nur bei uns, komplett verändern. Beides kommt zusammen, das macht die Besonderheit dieser aktuellen Phase aus.

Aktuell sind es Corona und vor allen Dingen in diesen Tagen auch der Krieg in der Ukraine, die uns in Atem halten, strukturell der Klimawandel, die Digitalisierung, die Globalisierung, hinzu kommt eine Bedrohung der Demokratie und unserer kollektiven Sicherheit, wie wir sie über Jahrzehnte hinweg nicht erlebt haben.

Es ist ein Riesenprogramm, das auf allen Ebenen auf die Politik zukommt und mit dem wir umgehen müssen. Eines möchte ich gerne an den Anfang stellen. Vielleicht haben wir noch nie eine Phase gehabt, so scheint es mir jedenfalls im Nachhinein, in der Land und Kommunen so eng zusammengearbeitet haben, wie das aktuell der Fall ist.

Frank Klingebiel hat in seinen Ausführungen einen kleinen Ausschnitt all der unterschiedlichen Gremien und Felder gegeben, in denen wir permanent miteinander zu tun haben. Die gemeinsame Bewältigung aller Herausforderungen ist enorm anstrengend, und gelegentlich brauchen wir auch ein bisschen Zeit, um zur selben Linie zu kommen. Aber es ist auch Ausdruck der ganz starken Stellung der Kommunen in unserem Staatswesen. Die Kommunen sind das Fundament der politischen Ordnung. Und ich meine es ernst, wenn ich sage, ohne die Kommunen geht nichts, aber umgekehrt gilt auch: Mit den Kommunen geht auch sehr viel.

Uns allen ist klar, dass der Umgang mit diesen Herausforderungen entscheidend ist für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unser Staatswesen. Wenn wir es gut machen, dann haben wir einen Stresstest bestanden, der seinesgleichen gesucht hat. Machen wir es schlecht, dann kann das dazu führen, dass Zweifel entstehen an Werten, die uns allen gemeinsam miteinander wichtig sind. Ich kann jedenfalls für die Landesregierung sehr deutlich sagen, dass wir eine gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen in all diesen Fragen sehen. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist nicht leicht. Das ergibt sich auch aus der Natur der Sache. Aber es ist auch nicht denkbar, dass wir gegeneinanderstehen. Am Ende werden wir nur zusammen Erfolg haben. Und wir arbeiten gemeinsam auf demselben Wertefundament. Das ist meine Erfahrung aus vielen, vielen Jahren der Diskussion zwischen Land und Kommunen.

Wir sind dabei auch nachweislich erfolgreich gewesen. Wenn wir zurückblicken auf die großen Herausforderungen, die wir alleine in den letzten Jahren zu bewältigen hatten, dann haben wir 2015/2016 eine Zuwanderung in einer Größenordnung erlebt, die wir uns bis dato überhaupt nicht vorstellen konnten. Buchstäblich über Nacht mussten Strukturen aus dem Boden gestampft werden und es ist uns tatsächlich gelungen. Die

Integration derer, die damals zu uns gekommen sind, ist nichts, was von heute auf morgen gelingen konnte. Das ist in vielen Fällen eine Generationenaufgabe. Aber wenn ich mir durch Niedersachsen reisend anschau, was seitdem überall geschafft worden ist, ist das wirklich beeindruckend. Das will ich auch ausdrücklich mit einem herzlichen Dankeschön an all diejenigen sagen, die vor Ort dafür gesorgt haben.

Und wenn ich an die letzten zwei Jahre Corona denke, war das eine Ausnahmephase, wie es sie niemals zuvor in der Landesgeschichte in dieser Weise gegeben hat. Und wo stehen wir nach diesen zwei Jahren? Wir haben in Niedersachsen insgesamt die zweitniedrigsten Infektionszahlen pro Kopf in Deutschland und wir haben die zweitniedrigsten Todeszahlen. Wir haben die Stabilität des Gesundheitswesens gemeinsam aufrechterhalten können. Und wir hatten, jedenfalls vor der Ukraine Krise, überdurchschnittlich gute Wirtschaftsprognosen für Niedersachsen.

Wir haben zusammen viel geschafft. Ich sage das, weil mir bewusst ist, dass man sich gelegentlich von der Menge und der Größe der Aufgaben geradezu erschlagen fühlt. Wem von uns ginge das anders? Es hilft sehr, mitunter ein bisschen zurückzublicken und sich zu fragen, was wir in der Zwischenzeit geschafft haben, was uns zunächst als kaum bewältigbar erschien. Und das gibt dann auch Grund zu einem gewissen Selbstbewusstsein bei uns in Niedersachsen.

Das gilt auch für die aktuellen und die anstehenden Herausforderungen.

Ich fange mit dem an, was derzeit kaum noch in unseren Köpfen ist, aber trotzdem immer noch existent: Corona. Ja, es ist richtig, und wir hoffen sehr darauf, dass wir jetzt mit Frühling und Sommer wieder in eine entspanntere Phase kommen. Aber gleichzeitig hat Frank Klingebiel völlig recht, wenn er sagt, die Pandemie sei nicht vorbei. Ganz im Gegenteil. Wir erleben derzeit zum Beispiel in Niedersachsen wieder Infektionszahlen nahezu auf Höhe eines Allzeithochs. Wir haben heute eine Inzidenz

von 1209, und der bisherige, wenn man so will, Landesrekord liegt bei 1220. Und die Tendenz ist steigend, das ist in anderen Ländern auch so. Zum Glück ist die Lage in den Krankenhäusern stabil. Aber die Situation insgesamt ist keine, in der wir uns entspannt zurücklehnen können.

Man soll sich nichts vormachen. Frühling und Sommer werden hoffentlich entspannt sein. Aber wenn sich nichts ändert, wenn insbesondere die Impfquote mehr oder weniger so bleibt wie sie jetzt ist, dann werden wir im Herbst wieder Probleme bekommen. Und wer heute das Infektionsschutzgesetz ändert, der sollte die Situation in einem halben Jahr mit in die Überlegungen einbeziehen. Das ist bei der Änderung des Infektionsschutzgesetzes nicht geschehen und das halte ich für einen schweren Fehler.

Worauf es mir ankommt, ist Folgendes: Natürlich hat der Umgang mit der Pandemie ein enormes Potenzial zur gesellschaftlichen Spaltung. Das haben wir ja auch erlebt. Aber ich stehe zu dem, was wir gemacht haben, und die Erfolge sind deutlich sichtbar. Ich habe das an einigen Kennzahlen deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich weiß aber auch, dass dazu unendlich viele Diskussionen in der Gesellschaft zu führen waren und zu führen sind. Ich bin Ihnen allen dankbar dafür, dass Sie sich in Ihren Kommunen diesen Diskussionen stellen. Ich bin davon überzeugt, dass wir umso besser in diesen Diskussionen abschneiden, je geschlossener und je gemeinschaftlicher die Politik, die Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer politischen Ordnung auftreten. Wir haben nicht in allen Fragen automatisch Konsens. Das wäre ja auch seltsam, wenn das so wäre. Und eine Landesregierung steht weiß Gott nicht unter Naturschutz. Wenn es notwendig ist, dann müssen wir uns auch öffentlich miteinander auseinandersetzen. Aber ich mache gar keinen Hehl draus, dass es mir lieber ist, wir ringen intern und gehen anschließend gemeinsam raus. Das stärkt dann sowohl die Position der

Kommunen als auch die des Landes in entsprechenden Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Jedenfalls für mich ist eines klar: wir werden nach den Erfahrungen in den letzten zwei Jahren die Bewältigung der Pandemie auch in Zukunft nur gemeinsam schaffen.

Das gilt auch für das, was im Moment bei uns allen im Vordergrund steht, nämlich die Bewältigung der nächsten großen Krise. Diese Krise findet in der Ukraine statt und vieles, was uns gerade umtreibt, was bei uns geschehen muss in den nächsten Monaten und vielleicht auch Jahren, nimmt sich sehr bescheiden aus gegenüber dem, was die Menschen in der Ukraine gerade aushalten müssen. Wir stehen alle voller Bewunderung vor der Tapferkeit des ukrainischen Volkes. Nach vielen Gesprächen, die ich in der letzten Woche und am Wochenende mit Geflüchteten geführt habe, bin ich beeindruckt von der Haltung, die diese Menschen mit nach Deutschland bringen. Sie sagen: Wir wollen so schnell wie möglich in unsere Heimat zurückkehren, aber bis das möglich ist, wollen wir vor allen Dingen sehr schnell wissen, wann und wo können wir unsere Kinder einschulen, und wann und wo können wir arbeiten. Das ist eine Herangehensweise, eine Haltung, vor der man nur wirklich den Hut ziehen kann, gemessen an dem Verlust der vielen Menschenleben und der Heimat, unter dessen Eindruck diese Menschen gerade stehen.

Auch vor diesem Hintergrund sind wir es ihnen schuldig, in Niedersachsen gute Gastgeber zu sein. Die Menschen aus der Ukraine kommen nicht gerne, sie sind gezwungen worden zu kommen. Und wir wollen ihnen nicht nur eine gute Zuflucht bieten, sondern ihnen den Eindruck vermitteln, dass sie willkommene Gäste sind. Ich denke, das ist es, was uns hier miteinander verbindet. Lassen Sie uns dafür gemeinsam arbeiten!

Dabei haben wir es einerseits leichter und andererseits schwerer als vor sechs Jahren. Leichter, weil wir eine Menge gelernt haben in den Jahren 2015 und 2016. Wir haben eine steile Lernkurve genommen, und sicherlich war es auch in vielen Fällen Lehrgeld, das wir zahlen mussten.

Aber die Aufgabe ist auch schwerer, denn wir haben aktuell noch keine zentralen Verteilungsmechanismen. Rein rechtlich betrachtet haben die Ukrainerinnen und Ukrainer zunächst allesamt das Recht, ihren Aufenthaltsort in Deutschland zu wählen. Natürlich macht das die Steuerung schwieriger. Ich bin sehr dankbar, dass wir jetzt in Hannover auf dem Messegelände eine zentrale Anlauf- und Verteilstelle haben. Aber anders als vor sechs Jahren steht dahinter aktuell keine Rechtspflicht. Und deswegen wissen wir alle noch nicht ganz genau, was auf uns zukommen wird.

Eines aber macht mir Mut. Wir erleben erneut in Niedersachsen eine ungeheure Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, übrigens gerade bei vielen Menschen, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gelten und auf die geschaut wird. Und ich bin froh, dass wir mit NIEDERSACHSEN PACKT AN ein Bündnis haben, das dieses ehrenamtliche Engagement unterstützt. Dieser Zusammenschluss, der 2015/2016 entstanden ist und den wir seitdem aufrechterhalten haben, soll auch jetzt dazu beitragen, dass wir uns dieser gemeinsamen Verantwortung auch wirklich gemeinsam stellen. Ich habe die herzliche Bitte, dass dieses Gefühl von Gemeinsamkeit, das derzeit, so mein Eindruck, überall vorherrschend ist, zu erhalten. Denn das wird uns bei der Bewältigung dessen, was auf uns zukommt, mit Sicherheit sehr helfen.

Wir haben im letzten Jahr im Kuppelsaal 75 Jahre Niedersachsen gefeiert. Dabei konnten wir unter dem Strich sagen, dass diese 75 Jahre eine Erfolgsstory waren. Niedersachsen ist so stark wie in diesen ganzen Jahrzehnten nicht. Und das gilt auch heute noch. Wir haben riesige Herausforderungen, aber wir haben allemal auch Grund

zu einem gewissen Selbstbewusstsein. Das ist eine starke Gesellschaft, und das ist auch eine starke politische Ordnung.

Natürlich sind die vielen Fakenews in den Medien oder die Demonstrationen der Querdenker, auf denen teilweise wirklich menschenverachtendes Verhalten zu beobachten ist, manchmal kaum auszuhalten. Das gilt erst recht, wenn beispielsweise Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker persönlich bedroht werden. Alles das ist schlimm und zum Teil auch widerlich. Aber ich will auch darauf aufmerksam machen, dass das Ergebnis der Bundestagswahlen, das hier in diesem Kreis sicherlich auch unterschiedlich bewertet wird, ein Ergebnis erbracht hat, das uns alle freuen kann: Diejenigen Kräfte, die zu diesem Staat und zu dieser politischen Ordnung stehen, die die gleichen Werte vertreten, haben insgesamt noch einmal Stimmen gewonnen gegenüber denjenigen, für die das nicht in dem gleichen Maße gilt. Es ist eine überragende Mehrheit der Bevölkerung, die zu dieser Demokratie steht und zu unserem Gemeinwesen. Und es ist unsere Aufgabe, gemeinsam als Kommunen und Land sie immer wieder in diesem Vertrauen zu bestätigen. Das empfinde ich in diesen Tagen als eine überragend wichtige Aufgabe. Und auch dafür bitte ich Sie herzlich um Ihre Mitarbeit.

Ich gelange auch zu derselben Schlussfolgerung wie Frank Klingebiel: Wir schaffen das. Wir werden Corona überwinden. Ich hoffe, eher früher als später. Wir werden auch die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Krisenregionen der Welt in Niedersachsen bewältigen. Und auch wenn es wieder schwer wird, wir werden es wieder schaffen, weil wir es auch schaffen können, und weil wir das auch wollen.

Bei der Vorbereitung auf diese Diskussion war ich zunächst in der Versuchung, an dieser Stelle aufzuhören. Aber ich finde es richtig, dass der Städtetag seine diesjährige Versammlung in diesem Jahr unter die Überschrift gestellt hat: ‚Städte 2030‘. Gerade in Krisen darf man nicht vergessen, wo man eigentlich hinmöchte. Dies gilt erst recht, weil grundlegende Veränderungen auch dann weitergehen, wenn wir voll und ganz in Atem gehalten werden durch aktuelle Krisen.

Nehmen wir zum Beispiel den Klimawandel, der auch dann weiter vorangehen wird, wenn in der Ukraine hoffentlich bald wieder Frieden herrscht und die Pandemie bewältigt ist. Wir kommen nicht darum herum, dem Klimawandel entgegenzuwirken. Das ist eine gewaltige Herausforderung für unsere ganze Gesellschaft und für die Kommunen, insbesondere in einem Handlungsfeld, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte: die Wärme. Wärme ist nach wie vor ein schlafender Riese des Klimaschutzes. Ob wir die Wärmeplanung zur kommunalen Pflichtaufgabe mit Landesfinanzierung machen oder nicht, darüber werden wir sicherlich noch zu reden haben. Aber meine herzliche Bitte ist, dass Sie überall in den Kommunen so gut wie möglich auch aus eigener Überzeugung gerade die kommunale Wärmeplanung vorantreiben. Das ist wirklich ein ganz entscheidender Punkt, dass wir alles daransetzen, die Situation deutlich zu verbessern. Und wir verbinden damit auch keine Anforderungen, die für die Kommunen mit gutem Willen nicht auch leistbar sein sollten. Viele haben sich gefragt, ob die Landesregierung denn etwas mehr als ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen noch in der Lage ist, ein Projekt wie das Klimagesetz gemeinsam auf den Weg zu bringen. Ja, wir sind dazu in der Lage. Es freut mich, das hier berichten zu können.

Zur zweiten grundlegenden Veränderung, der Digitalisierung, muss ich hier nichts näher ausführen. Wir wissen alle, dass wir einen Technologiesprung erleben, wie es

ihn in der Technikgeschichte in dieser Rasanz und in dieser Breite noch nie gegeben hat, und dass dies auch unser aller Alltag massiv verändert. Mit Blick auf 2030 müssen wir unsere Verwaltung Schritt für Schritt konsequent weiter digitalisieren. Wir sind beim Onlinezugangsgesetz bundesweit nicht so weit, wie wir eigentlich sein wollten. Aber wir sind deutlich weiter als wir vor einigen Jahren gewesen sind, und im Ländervergleich steht Niedersachsen eigentlich recht anständig da.

Erste Erfolgsmeldungen ändern allerdings nichts daran, dass sich nach unserem Eindruck insbesondere die kleineren Kommunen noch schwertun, die digitalen Angebote tatsächlich umzusetzen. Das sollte einer unserer gemeinsamen Schwerpunkte in den nächsten Jahren sein.

Ich möchte ein weiteres Thema aufgreifen, allerdings mit einem, da bitte ich um Verständnis, etwas anderen Akzent als Frank Klingebiel. Ich meine den Digitalpakt für die Schulen. Der Digitalpakt ist 2019 für fünf Jahre geschlossen worden. Jetzt haben wir etwa Halbzeit. Der Mittelabfluss ist leider nach wie vor nicht so, wie wir uns das wünschen. Wo genau ist denn eigentlich der Hinderungsgrund, dass einige nicht mitmachen? Durch die Pandemie haben wir doch alle gelernt, wie wichtig eine gute digitale Ausstattung der Schulen ist. Ich bitte noch einmal in aller Form herzlich darum, sich dieses Themas anzunehmen und zu prüfen, was möglich ist. Denn der zweite Digitalpakt wird auch kommen. Hoffentlich wird es dann eine stärkere strukturelle Unterstützung des Bundes geben. Aber wir sind trotzdem miteinander in der Verpflichtung, dass beispielsweise alle Schulen ein gutes WLAN und einen Breitbandanschluss etc. haben. Das ist eine berechtigte Erwartung der Bürgerinnen und Bürger. Und wir sollten so gut wie möglich versuchen, dieser Erwartung Rechnung zu tragen.

Und damit bin ich insgesamt beim Thema Bildung. Natürlich gibt es eine gesellschaftliche, eine soziale Dimension von Bildung, aber eben auch eine harte ökonomische. Und wenn ich mit Unternehmen überall in Niedersachsen zusammensitze, spielt das Thema Fachkräftebedarf eine große Rolle. Zwischenzeitlich hatten wir eine Phase, in der zu wenig Kinder zur Welt gekommen sind, das hat sich geändert. Hoffen wir, dass wir uns in Zukunft über viele kleine Kinder in Niedersachsen freuen können. Zuwanderung wird ebenfalls eine bedeutende Rolle spielen müssen. Aber hinzukommen muss vor allem eine optimale Förderung von allen Kindern und Jugendlichen, die wir in Niedersachsen haben. Dies ist eine elementare Aufgabe von Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern, aber auch von Politik und Gesellschaft, da geht es um uns und die Perspektiven unseres Landes.

Was das Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter angeht, kann ich zusagen, dass wir eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Kommunen suchen werden, um dieses dicke Brett tatsächlich auch gemeinsam bohren zu können. Es ist uns sehr bewusst, dass es nicht ausreicht, wenn wir als Land irgendwelche Vorgaben machen. Es muss sehr ernsthaft darüber geredet werden, was geht, und was noch nicht geht.

Was die dritte Fachkraft in den Kindertagesstätten anbelangt, werden wir uns ebenfalls sehr bemühen, diesen Beruf weiter so attraktiv wie möglich zu gestalten. Aber auch in dieser Hinsicht erlaube ich mir eine Anmerkung. Ich bin immer wieder, überrascht, dass in einigen Kommunen der Eindruck vorherrscht, wir könnten in Niedersachsen keine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher anbieten, bei der es vom ersten Tag an eine Vergütung gibt. Das ist nicht so. Es gibt diese Möglichkeiten. Das weiß ich, weil unter meiner Ägide als Oberbürgermeister ein entsprechendes Modell in der Landeshauptstadt eingeführt wurde und ich hoffe, dass es immer noch gut funktioniert. Über die Verbindung der Ausbildung zur Sozialassistentin und anschließend

berufsbegleitender Weiterqualifizierung in den Erzieherberuf ist eine durchgängige Finanzierung und auch Vergütung möglich. Deswegen in dieser Hinsicht noch mal meine herzliche Bitte, die Form der Ausbildung überall noch einmal zu überprüfen. Wenn junge Leute die Wahl haben zwischen einem Beruf, in dem sie erst mal vier Jahre zur Schule müssen, ohne einen einzigen Cent zu verdienen, oder einem anderen Beruf, in dem es vom ersten Tag an eine Ausbildungsvergütung gibt, dann wird in vielen Fällen die Entscheidung eindeutig sein. Das sollten wir nicht zulassen.

Der letzte Punkt, den ich aufgreifen will, ist das Stichwort Krankenhäuser. Wir teilen die Bewertung, wie wichtig die Aufgabe einer guten Krankenhausversorgung ist. Ein Gemeinwesen, eine Gebietskörperschaft ohne eine gute medizinische Versorgung verliert insgesamt an Lebensqualität und Attraktivität. Abgesehen davon, haben wir eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, die einer Krankenhausbehandlung bedürfen.

Es gibt in Bezug auf mehr Investitionen in die Krankenhäuser derzeit Diskussionen innerhalb der Landesregierung. Und ich will aus meiner persönlichen Position keinen Hehl machen: Ich möchte an dieser Stelle einen Schwerpunkt in der nächsten Legislaturperiode setzen. Natürlich müssen wir uns wirtschaftlich verhalten. Aber auf der anderen Seite, ist es – um einen Begriff, der der Altbundeskanzlerin zugeschrieben wird, zu verwenden – alternativlos, dass wir die vorhandenen Krankenhäuser in einen ordentlichen Zustand bringen. Deswegen ist das Thema der Investitionspolitik des Landes sicherlich eines, das im jetzt aufziehenden Landtagswahlkampf eine größere Rolle spielen wird.

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der niedersächsischen Städte, ich habe jetzt sehr gerafft vortragen müssen. Und es gibt auch derzeit ein eindrucksvolles Bündel an Herausforderungen, aktuell und strukturell, das zu bewältigen ist. So groß diese

Aufgaben auch sein mögen, wir haben in den vergangenen Jahren miteinander schon gemeinsam vieles schaffen können. Und ich wüsste nicht, warum uns das in den nächsten Jahren nicht erneut gemeinsam gelingen sollte. Für die Landesregierung jedenfalls kann ich versichern, dass wir sehr entschlossen sind, weiter eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen zu pflegen. Wir wissen warum. Sie sind notwendige Partner für uns, aber auch Verbündete, wenn es darum geht, in welcher Gesellschaft wir miteinander leben wollen. Dafür und für Ihre Aufmerksamkeit herzlichen Dank und dem Städtetag alles Gute.